

Putin 2.012

Mangott, Gerhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Stellungnahme / comment

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Mangott, G. (2012). *Putin 2.012*. (Policy Paper / Österreichisches Institut für Internationale Politik). Wien: Österreichisches Institut für Internationale Politik (oiip). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-410936>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kurzanalyse 4/12
März 2012

Putin 2.012

Gerhard Mangott

ao. Univ.Prof. Dr. Gerhard Mangott ist wissenschaftlicher Berater des Österreichischen Instituts für Internationale Politik- oiip und ao. Professor an der Universität Innsbruck/Institut für Politikwissenschaft.

Dieser Sieg sei eine Niederlage für jene, die Russland zerstören und die Macht usurpieren wollen. Hart und aggressiv wirkte Putin in seiner Siegesrede auf dem Manegeplatz am 4. März.¹ Putin führte damit die Schlacht- und Kampfrhetorik, die die letzten Wochen seines Wahlkampfes geprägt hatte, weiter; eine ausgestreckte Hand sieht anders aus. Aber Putin wird auf die moderaten Mitglieder der städtischen Proteste zugehen müssen.

Es war kein ‚sauberer Sieg‘, wie zahlreiche Belege für Manipulationen, insbesondere im Rahmen der Stimmenauszählung zeigen.² „Although all contestants were able to campaign unhindered, the conditions for the campaign were clearly skewed in favour of one candidate. (...) The process deteriorated during the count which was assessed negatively in nearly one-third of polling stations observed due to procedural irregularities“³ Auch waren die Gegner Putins medial und administrativ deutlich benachteiligt.⁴

Vladimir Putin hat die Wahlen mit offiziell 64,6 Prozent der Wählerstimmen deutlich gewonnen. Mit 17,2 Prozent lag der kommunistische Kandidat Zjuganov abgeschlagen dahinter und erreichte weniger Stimmen als die KPRF⁵ bei den Wahlen zur Staatsduma im Dezember 2011 erhalten hatte (20,5 Prozent). Dies gilt noch mehr für Žirinovskij und Mironov, die deutlich weniger WählerInnen mobilisieren konnten als ihre Parteien im Dezember 2011. M. Prochorov, der als einziger der Kandidaten noch nie bei Präsidentenwahlen angetreten war, erreichte 7,98 Prozent der Wählerstimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei 65,3 Prozent und war damit die zweitniedrigste bei den bislang sechs Präsidentenwahlen seit 1991.

In Moskau war die Zustimmung zu Vladimir Putin deutlich geringer: Mit 46,95 Prozent der Wählerstimmen blieb er deutlich unterhalb der absoluten Mehrheit. Nur in Moskau ist Putin an dieser Hürde gescheitert. Prochorov wiederum konnte 20,45 Prozent der städtischen

*1 Siehe die Videoaufnahme der Ansprachen Putins und Medvedevs unter:
http://www.vesti.ru/only_video.html?vid=400724 (letzter Zugriff am 6.3.2012).*

2 Siehe dazu: ODIHR; CEPA; OSCE PA. International Election Observation Russian Federation, Presidential Election – 4 March 2012. Statement of Preliminary Findings and Conclusions (<http://www.osce.org/odihr/88667>, letzter Zugriff am 9.3.2012).

3 Ibidem, S. 1 und S. 2.

4 Allein im Februar 2012 wurde Putin in den Medien fast fünfmal so oft erwähnt wie der in dieser Wertung an zweiter Stelle liegende Prochorov. Siehe dazu: Osteuropa-Institut Bremen, Russland-Analysen 235, 9.3.2012, S. 13.

5 Kommunistische Partei der Russischen Föderation

Wähler und damit den zweiten Platz für sich gewinnen; dies ist ihm auch in Sankt Petersburg mit 15,52 Prozent der gültigen Stimmen gelungen. Putin erreichte in seiner Heimatstadt 58,77 Prozent.

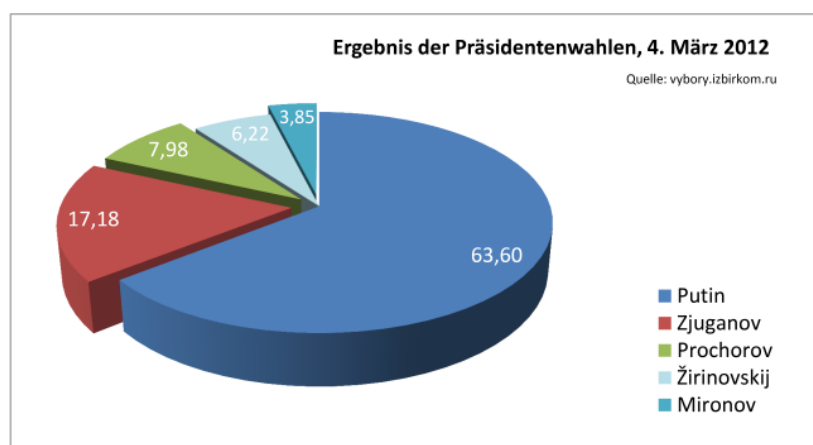
Traditionell hoch waren die Ergebnisse Putins im nördlichen Kaukasus: in Čečnja stimmten angeblich 99,8 Prozent der Wähler für Putin, in Dagestan 92,8 und Ingušetien 86,5 Prozent.

Tab. 1: Wahlbeteiligung bei Präsidentenwahlen in Russland (in Prozent)

Wahlbeteiligung	
Präsidentenwahlen 1991–2012 (in Prozent)	
1991	74.7
1996	69.7
2000	68.7
2004	64.4
2008	69.8
2012	65.3

Quelle: Zentrale Wahlkommission Russlands (www.cikrf.ru)

Tab. 2: Ergebnis der Präsidentenwahlen Russlands (in Prozent)



Wahlmanipulationen und ungleiche Wettbewerbsbedingungen sind nicht zu leugnen. Aber dennoch: die Mehrheit der russischen Wähler steht auch nach Ansicht regierungskritischer

Experten noch immer im Lager Putins. Das regierungskritische Forschungsinstitut Levada war von einer Zustimmung von 61.6 Prozent ausgegangen. Das offizielle Wahlergebnis (siehe Tabelle 2) ist davon nicht wesentlich abgewichen.⁶

Dies nicht zuletzt, weil Putin von den BürgerInnen als berechenbarere Variante angesehen wird. Putin gilt für viele noch immer als Anker der Stabilität – vor allem für die weniger gebildeten, älteren, einkommensschwächeren und kleinstädtisch-ländlichen WählerInnen. Putin wird auch zugeschrieben, die Realeinkommen erhöht und die staatlichen Transferleistungen gesichert zu haben. Putin ist es in den letzten Wochen vor der Wahl auch gelungen, unterschiedlichste Hoffnungen und Erwartungen der Wähler zu bedienen.

Die Präsidentenwahlen 2012 wurden aber als kompetitiver angesehen als im März 2008. 43 Prozent der befragten BürgerInnen werteten die Wahlen als ‚tatsächliche Auseinandersetzung‘ zwischen den Kandidaten; 2008 waren es nur 30 Prozent gewesen.⁷ Die Zahl derer, die die Berichterstattung der Massenmedien als ‚(eher) objektiv‘ einschätzen, ist aber zurückgegangen; von 49 Prozent (2008) auf 43 Prozent (2012). Deutlich zugenommen hat die Zahl derer, die sich über die Wahlen vorrangig über das Internet informierten – von 6 Prozent (2008) auf 20 Prozent (2012).⁸

Die Stärke Putins ist nicht zuletzt aber auch das Ergebnis der Farblosigkeit seiner Rivalen; dies gilt für die anderen Kandidaten wie für die Mehrzahl der Anführer der Proteste, insbesondere der »El'cin-Liberalen« wie B. Nemcov, V. Ryžkov oder M. Kasjanov.

Zu Recht ist einzuwenden, dass dies auch das Ergebnis der strikten medialen Kontrolle durch Putin ist. In den letzten Jahren wurden Kritiker von den staatlich kontrollierten elektronischen Medien marginalisiert oder dämonisiert. Aber das erklärt die mangelnde Attraktivität der Opposition nicht zur Gänze. Prochorov, Navalnyj, Nemcov oder Kasparov haben keine (überzeugenden) Konzepte für das Land vorzulegen vermocht. Die harsche und bedingungs-

⁶ Siehe dazu: *Предвыборный прогноз Левада-Центра, поданный в ЦИК 2 марта 2012* (<http://www.levada.ru/05-03-2012/predvybornyi-prognoz-levada-tsentra-podannyyi-v-tsik-2-marta-2012>, Zugriff am 9.3.2012).

⁷ Siehe dazu: *Выборы 2012 в оценках россиян и перспективы следующих 12 лет, 6.3.2012* (<http://www.levada.ru/06-03-2012/vybory-2012-v-otsenkakh-rossiyan-i-perspektivy-sleduyushchikh-12-let>, letzter Zugriff am 10.3.2012).

⁸ *Ibidem*.

lose Kritik an den korrupten und autoritären Verhältnissen war unabdingbar, aber als Wegweiser, wohin sich Russland entwickeln soll, zu wenig. Das erklärt auch, warum viele der ‚alten‘ politischen Funktionäre, die sich an der Protestbewegung beteiligen – wie Javlinskij, Ryžkov oder Kasjanov – bei den demonstrierenden BürgerInnen nicht sonderlich angesehen sind. Es sind vielmehr Schriftsteller, Journalisten und Künstler wie Boris Akunin, Leonid Parfënov, Sergej Parchomenko oder Jurij Ševčuk, die als authentische Vertreter einer auf Teilhabe pochenden städtischen Bevölkerung gesehen werden; sie haben sich in der ‚Liga der Wähler‘ (Лига избирателей) zusammengeschlossen.

Die strukturelle Schwäche der Bewegung bleibt aber, ihre inhaltliche Heterogenität, die mangelnde Glaubwürdigkeit oder aber die Radikalität einiger ihrer Anführer.

Der gerade von ausländischen Beobachtern als charismatische Führungsfigur stilisierte Aleksej Navalnyj ist zwar wirklich ein unerschrockener Aktivist gegen die staatliche Korruption; er ist auch ein überzeugender Kampagnenredner. Er ist aber auch ein radikaler russischer Nationalist, der als Aktivist der Bewegung *Narod* (Национальное Русское Освободительное Движение) rassistische Ausfälle gegen Kaukasier zu verantworten hat.⁹ Navalnyj's Versuch, nationalistische und liberale Ansätze zu verbinden, erlaubt ihm, weit über das kleine(re) liberale Wählerklientel hinaus, Anhänger zu mobilisieren.

Die zentrale Losung der Bolotniki¹⁰ – ‚Russland ohne Putin‘ – wird nur von einer Minderheit der russischen BürgerInnen geteilt. Aus den Daten des regierungskritischen Levada-Institutes wird deutlich, dass nur sechs Prozent diese Forderung voll unterstützen und nur 12 Prozent stimmen dem ‚eher zu‘, 29 Prozent ‚eher nicht‘ und 38 Prozent ‚gar nicht‘. Auch die Bereitschaft, an Demonstrationen teilzunehmen, ist mit 13 Prozent sehr gering.¹¹

Putin wäre gut beraten, auf die moderaten Kräfte zuzugehen, einen Teil von deren Agenda zu kooptieren, insbesondere wirksame Aktionen gegen die staatliche Korruption. Ohne poli-

⁹ Zu dem von Navalnyj unterzeichneten Gründungsmanifest der Bewegung *Narod* siehe: <http://www.apn.ru/publications/article17321.htm>

¹⁰ DemonstrantInnen, die im Dezember 2011 und Februar 2012 auf dem Bolotnaja-Platz in Moskau gegen die Parlamentswahlergebnisse protestierten.

¹¹ Siehe dazu: <http://www.levada.ru/24-02-2012/vybory-prezidenta-dopolnenie-k-prezentatsii-chast-1-mitingi-protesta-i-v-podderzhku-vputi> (letzter Zugriff am 29.2.2012).

tische Reformen aber – von denen einige bereits eingeleitet wurden – wird der öffentliche Unmut nicht zu beenden sein.

Die von Präsident Medvedev am 5. März 2012 angekündigte Untersuchung der Rechtmäßigkeit der Strafverfahren gegen Michail Chodorkovskij und Platon Lebedev ('Fall Yukos') ist als Zeichen der Annäherung zu werten. Dazu zählt auch seine Anweisung an das Justizministerium, die Gründe für die verweigte Registrierung der 'Partei der Volksfreiheit' (Parnas) zu benennen.¹² Dies könnte eine aufrichtig gemeinte letzte präsidentiale Geste Medvedevs sein, aber auch bloß ein taktischer Versuch, die Protestbewegung zu besänftigen.

Entscheidend ist aber die Bildung der neuen Regierung. Gerade weil Putin das Vertrauen vieler aktiver BürgerInnen verloren hat und als autoritäre Kraft verstanden wird, ist ein liberaler Gegenentwurf bei der Berufung der Regierungsmitglieder unabdingbar. Putin muss frische, junge und kompetente Gesichter in die Schlüsselfunktionen berufen. Zwar hat Putin mehrfach öffentlich versichert, Dmitrij Medvedev die Regierung anzuvertrauen; es ist aber unbestritten, dass dieser nicht die Kraft hat, die moderaten Kräfte der Protestbewegung zu überzeugen. Der unrühmliche Verzicht auf eine zweite Amtszeit und die angekündigte Ämterrochade (*rokirovka*) im September 2011 haben Medvedev als führungsstarke und unabhängige politische Gestalt diskreditiert. Medvedev wird es kaum mehr gelingen, die kritische städtische Öffentlichkeit wieder an das Regime zu binden.

Den besonnenen früheren liberalen Finanzminister Alexei Leonidowitsch Kudrin damit zu betrauen, wäre ein wirksames Signal zu Dialog und Reformbereitschaft nach Innen, aber auch gegenüber den ausländischen Kritikern Russlands; klug wäre es auch, Prochorov als moderaten Vertreter der Bolotniki in die Regierung aufzunehmen. Der Widerstand der Silowiki¹³ gegen ihn als Leiter der Regierung ist aber zu groß. Auch kann sich Putin nicht sicher sein, inwieweit Prochorov in dieser Funktion für ihn kontrollierbar bliebe. Mit Kudrin und mit Medvedev verbindet Putin persönliche Loyalität; für Prochorov gilt dies nicht.

Kudrin würde den Vorsitz der Regierung aber sicher nicht übernehmen, ohne Bedingungen zu stellen. Dazu zählt mit Sicherheit auch eine Kürzung des langfristigen Ausgabenprogram-

¹² Parnas wurde im Juni 2011 die Registrierung verweigert. Den Führungsstab dieser Bewegung bilden Michail Kasjanov, Vladimir Ryzhkov und Boris Nemcov.

¹³ Bedeutende Vertreter der Geheimdienste und Armee unter Jelzin und Putin.

mes für die Verteidigung. Das von Putin im Wahlkampf bekräftigte Vorhaben¹⁴, bis 2020 23 Billionen RR (583 Mrd. €) für die Modernisierung der Streitkräfte auszugeben, wird Kudrin nicht mittragen; neben persönlichen Motiven war dieses Vorhaben einer der entscheidenden Gründe für das, auch öffentlich ausgetragene, Zerwürfnis zwischen ihm und Medvedev gewesen. Überdies wird Kudrin auch Reform im Pensionssystem, insbesondere die Anhebung des Eintrittsalters fordern. Das aber hat Putin wiederholt öffentlich ausgeschlossen. Putin kann es auch wohl kaum riskieren, durch Kürzungen staatlicher Transferleistungen sein ‚eisernes Wählerklientel‘ zu antagonisieren. Zudem ist unklar, ob die zuletzt eingefrorenen Verkaufspreise für Gas, Strom und andere kommunale Dienstleistungen derzeit angehoben werden können, ohne den Rückhalt Putins in der Bevölkerung weiter zu schwächen.¹⁵ Die Regierungsumbildung wird aber ziemlich sicher erst nach der Angelobung Putins als Präsident erfolgen; verfassungsrechtlich ist vorgesehen, dass die amtierende Regierung aus diesem Anlass ihren Rücktritt einreicht.

Putin aber hat bei diesen Entscheidungen auch andere Machtzirkel zu berücksichtigen. In seiner Führungsriege drängen manche auf einen repressiveren Kurs; dazu zählen nicht zuletzt Vertreter aus den Sicherheits- und Nachrichtendiensten. Deren Sorge gilt nicht zuletzt ihren Vermögen, die sie in den letzten Jahren unter dem Schutz ihres Patrons Putin anhäufen konnten. Putin ist dabei verstrickt in ein Netz aus kleptokratischen Bindungen. Ein liberales Regierungskabinett wäre nötig, um das autoritärer denkende Dreigestirn von S. Naryškin (Vorsitzender der Staatsduma), S. Ivanov und V. Volodin (beide im Präsidialamt) auszugleichen.

Zudem wird Putin die bisherige Staatspartei ‚Geeintes Russland‘ radikal reformieren müssen. Ende Mai werden auf dem Parteitag der ‚Partei der Diebe und Betrüger‘ (Партия жуликов и воров) radikale Entscheidungen erwartet.¹⁶ Möglich ist eine Umbenennung und personelle Erneuerung, aber auch die Auflösung des Netzwerkes ‚grauer‘ Funktionäre und Karrieristen.

¹⁴ Siehe dazu das sechste Traktat Putins: *Быть сильными: гарантии национальной безопасности для России*. In: *Rossijskaja gazeta*, 20.2.2012 (<http://www.rg.ru/2012/02/20/putin-armiya.html>, letzter Zugriff am 21.2.2012).

¹⁵ Siehe dazu: *Gavšina, Oksana*. *Мораторий на рост цен на топливо закончился*. In: *Vedomosti*, 8.3.2012 (http://www.vedomosti.ru/politics/news/1526810/postvybornaya_nacenka, letzter Zugriff am 8.3.2012).

¹⁶ Siehe dazu: *Rybin, Michail et al.* *Единороссы откладывают съезд*. In: *Izvestija*, 21.2.2012 (<http://www.izvestia.ru/news/516147>, letzter Zugriff am 22.2.2012).

Allerdings wird Putin wohl die Tradition fortsetzen, als Präsident selbst keine Partei zu führen; die ‚Abwicklung‘ oder der Umbau der Staatspartei wären wohl durch den neuen Vorsitzenden der Regierung durchzuführen. Kudrin’s und Medvedev’s Strategien dafür können als unterschiedlich erwartet werden; aber auch hier gilt, dass Medvedev’s angeschlagene Autorität nicht hilfreich sein wird, den zu erwartenden Widerstand von Funktionären der Staatspartei zu brechen.

Derzeit ist ein zahlenmäßiges Anwachsen der Proteste nicht zu erkennen.¹⁷ Die Bereitschaft, an den Demonstrationen teilzunehmen, ist nach eine Umfrage des Levada-Institutes gering. Zwar unterstützen 38 Prozent der Befragten die Demonstrationen, 45 Prozent aber nicht. Überdies wollten nur 3 Prozent ‚sicher‘ und 10 Prozent ‚eher‘ an solchen Manifestationen teilnehmen; 30 Prozent aber ‚eher nicht‘ und 49 Prozent ‚sicher nicht‘.¹⁸ Um das kleinstädtische und ländliche Wählerklientel zu erreichen, müssten auch soziale Forderungen und Konzepte formuliert werden. Eine effiziente Bildungs- und Gesundheitspolitik und die innovative Lösung erodierender kommunaler Dienstleistungen aber sind mit Umschichtungen in den Staatsausgaben alleine nicht zu bewältigen. Dazu wäre auch eine (gestaffelte) Anhebung der Einkommenssteuer von derzeit 13 Prozent dringend geboten. Das aber dürfte für viele der einkommensstarken städtischen Protestzirkel unattraktiv sein.

Die Bolotniki haben schon sehr viel erreicht. Die städtischen BürgerInnen legen die politische Apathie und den resignativen Rückzug in das private Leben ab. Kreativ und mutig sind die Forderung nach politischer Teilhabe und das Begehren, staatliche Willkür in die Schranken zu weisen. Aber es müssen darüber hinaus konkrete, erreichbare Ziele gesetzt werden, um eine wirkliche inhaltliche Alternative zu Putin aufzubauen. Jenseits der Kernforderungen nach dem Rücktritt Putins und der Durchführung von Neuwahlen sowohl der Staatsduma als auch des Präsidenten lässt sich aber kaum ein politischer Konsens finden. Die Front der Ablehnung gegen Putin war breit; daran konnten sich zahlreiche, höchst gegensätzliche Bewegungen beteiligen. Eine gemeinsame Plattform auszuarbeiten aber kann nur bedeuten, die Bewe-

¹⁷ Siehe dazu auch: Karlin, Anatoly. *Reading the Russian Election* (<http://www.sublimeoblivion.com/2012/03/04/russia-elections-al-jazeera-2/>, letzter Zugriff am 6.3.2012).

¹⁸ Siehe dazu: <http://www.levada.ru/24-02-2012/vybory-prezidenta-dopolnenie-k-prezentatsii-chast-1-mitingi-protesta-i-v-podderzhku-vputi> (letzter Zugriff am 29.2.2012).

gung zu fragmentieren; es ist gänzlich unmöglich, die heterogenen Flügel auf eine gemeinsame politische Linie zu verständigen.

Die Bewegung müsste auch das Land und die ärmeren Schichten der Bevölkerung mobilisieren können. Zwar ist es auch in anderen russländischen Städten zu Kundgebungen gekommen; sie blieben aber relativ klein und waren weniger nachhaltig. In den ländlichen Regionen ist die soziale Struktur natürlich eine gänzlich andere: Die einkommensstärkeren und gebildeteren Mittelschichten der Städte sind hier nicht oder nur rudimentär vorhanden. Auch sind alternative Informationsmedien, v.a. das Internet, weniger leicht zugänglich.

Wenn es nicht gelingt, dieser Bewegung auch eine organisatorische Struktur und charismatische Führungsfiguren zu geben, wird sie rasch an Kraft verlieren. Es ist nun dringend geboten, Parteigründungen vorzunehmen. Dies wird angesichts der inhaltlichen Gegensätze sicherlich zu einer organisatorischen Aufspaltung der Bewegung führen, ist aber unabdingbar. Das Risiko der Fragmentierung steigt allerdings, sollte das russländische Gesetz ‚Über die Parteien‘ liberalisiert und die Gründung von Parteien erheblich erleichtert werden. Prochorov hat die Bildung einer neuen Partei noch für diesen März angekündigt. Kudrin will daran mitwirken, aber vermutlich der neuen Partei nicht beitreten.¹⁹

Zweifelloso gibt es bei den Bolotniki auch radikale Kräfte, die an einer Eskalation der Proteste interessiert sind, weil sie nur darin eine Möglichkeit sehen, die Agenda umzusetzen. Dazu zählen sicherlich Udalcov und Navalnyj; beide haben das Einschreiten der OMON bei der Demonstration am Puschkin-Platz proviziert. Navalnyj scheint in repressiven Übergriffen der Sicherheitskräfte wohl die Chance zu sehen, die Proteste auszuweiten und zu einer entscheidenden Konfrontation mit Putin zu führen. Das eskalative Verhalten Navalnyj's wird von einigen MitstreiterInnen wie der Umweltaktivistin E. Čirikova auch bereits kritisiert.²⁰ Auch O. Orlov von Memorial distanzierte sich von der Agitation Navalnyjs, mehr aber noch von dem gemeinsamen Protest mit den rechtsnationalistischen Kräften.²¹ Der alt-rechtsliberale Ryž-

¹⁹ *Itar-Tass. Kudrin to discuss cooperation with Prokhorov, 12.3.2012* (<http://www.itar-tass.com/c154/363566.html>, letzter Zugriff am 12.3.2012).

²⁰ *Siehe dazu: Parfitt, Tom. Vladimir Putin opposition admits they face long haul to defeat him. In: The Telegraph, 7.3.2012* (online, tinyurl.com/734w6nn, letzter Zugriff am 8.3.2012).

²¹ *Siehe dazu: Orlov, Oleg. Doubts on the Eve of 10 March* (<http://hro.rightsinrussia.info/archive/elections/2012/orlov>, letzter Zugriff am 10.3.2012).

kov und der Vorsitzende der linksliberalen Jabloko distanzieren sich wiederum von Udaltsov, der mit der Linken Front am Novij Arbat²² am 10. März ein Handgemenge verursachte.²³

Diese inhaltlichen, taktischen und strategischen Brüche, aber auch schlichtweg Resignation erklären, warum die Teilnahme an den Protesten nach den Wahlen deutlich geringer war als davor. Ein revolutionärer Bruch ist in Russland derzeit nicht zu erwarten. Zu diskutieren ist auch, ob dies wünschenswert sein kann, angesichts des derzeitigen Zustandes der politischen Gegeneliten. Graduelle inhaltliche und personelle Änderungen wären aus Stabilitäts-erwägungen wohl vorzuziehen.

Österreichisches Institut für Internationale Politik – oiip
1090 Wien, Berggasse 7, www.oiip.ac.at

²² Eine Hauptstraße in Moskau.

²³ *RIA Novosti, Russian Opposition Spurns Breakaway Protests. 11.3.2012*
(<http://en.rian.ru/society/20120311/172096879.html>, letzter Zugriff am 11.3.2012).